

Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Dreitägige Sondersession des Nationalrates: Schnellschüsse der SP zu Lasten der Bankkunden

Thürnen, 8. Mai 2023



Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Um der grossen Anzahl von Geschäften Herr zu werden, die angefallen sind, hat sich der Nationalrat zu einer zusätzlichen Sondersession getroffen. Diese dreitägige Sondersession im Mai ist seit ein paar Jahren bereits Normalität. Letzte Woche lagen die Schwerpunkte unter anderem bei der Sanierung des Munitionslagers Mitholz im Kandertal, bei der Förderung der Kreislaufwirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung mit Blutkonserven. Zu reden gaben natürlich die Vorstösse der SP zum Boniverbot und zur Eigenkapitalquote bei Banken, die dann wegen der Stimmenthaltung der Grünliberalen leider eine Mehrheit fanden. Diese Vorstösse müssen aus meiner Sicht nun im Ständerat korrigiert werden.

Schnellschüsse bringen den Bankkunden nichts (21.3909) (21.3910)

Nach dem Willen einer Mehrheit der Grossen Kammer dürfen systemrelevante Banken keine Boni mehr an ihre Kader bezahlen, so fordert es die SP. Zudem verlangt sie eine Erhöhung der Eigenkapitalquote auf 15 Prozent. Mit beiden Massnahmen lässt sich ein Bankenrun nicht verhindern. Im Gegenteil: steigende Kosten bei Hypotheken, Krediten für KMU etc. werden die Folge sein. Wir sind uns alle einig, dass sich eine CS Krise nicht wiederholen darf. Deshalb sind die neuen Regulierungen nach klaren und messbaren Kriterien anzupassen, die das Eingehen von übermässigen Risiken verhindern. Hinzu kommt, dass die CS genügend Eigenkapital hatte, dennoch geriet sie in Schwierigkeiten. Wir arbeiten derzeit an einer neuen Finanzplatzstrategie, die wirkungsvoll sein wird – Schnellschüsse der SP sind kontraproduktiv. Ich gehe davon aus, dass hier der Ständerat korrigierend entscheiden wird.

Härtefalleleistungen werden von AHV-Beiträgen befreit (21.3564)

Mit meiner Motion, die eine Gleichbehandlung aller Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger verlangt, konnte ich während der Sondersession vom 2. bis 4. Mai einen ersten Erfolg verbuchen. Als Präsidentin des Patronfonds konnte ich hier ein wichtiges Anliegen voranbringen. Der Nationalrat stimmte meinem Ansinnen zu, dass alle Rentnerkategorien (Alters-, Hinterlassenen- und IV-Rentner) bei nachgewiesenen Härtefällen von einem Freibetrag von 16'800 Franken profitieren – gegen den Willen des Bundesrates notabene. Heute müssen Bezügerinnen und Bezüger von Härtefalleleistungen aus Wohlfahrtsfonds auch auf Leistungen unter 16'800 Franken pro Jahr Beiträge an die AHV entrichten, trotz ihrer finanziell angespannten Situation. Sich befreien zu lassen ist zwar möglich, bedeutet aber einen hohen bürokratischen Aufwand und es

fehlt an Rechtssicherheit. Nun ist der Ständerat am Zug, wo ich noch einige Überzeugungsarbeit werde leisten müssen.

FinfraG: Bussen für unwahre Angaben (18.489)

Der Kauf von Wertpapieren und Derivaten ist eine anspruchsvolle Arbeit. Interessentinnen und Interessenten müssen sich auf den Inhalt von Angebotsprospekten und öffentliche Kaufangebote von Wertpapieren und Derivaten verlassen können. Oft sind Kaufinteressenten ja auch die Mitarbeitenden unserer Pensionskasse oder der AHV. Um Missbräuchen vorzubeugen, verlangte eine parlamentarische Initiative, dass das Finanzmarkt-Infrastrukturgesetz (FinfraG) mit Strafbestimmungen ergänzt wird. Der Rat folgte der Empfehlung unserer Kommission und stimmte der Gesetzesänderung mit 123 zu 37 Stimmen bei 11 Enthaltungen zu. Das Geschäft geht nun in den Ständerat, wo kaum Widerstand zu erwarten ist.

Erfreuliche Einigkeit in Sachen Blutspenden (16.504)

Unter dem Titel «Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende» verlangte eine parlamentarische Initiative, das Heilmittelgesetz insofern zu ergänzen, dass die Schweiz stets über genügend Blutreserven verfügt. Zudem dürfen Spenderinnen und Spender aufgrund ihrer sexuellen Orientierung nicht mehr diskriminiert werden. Eine Minderheit verlangte ausserdem, Finanzhilfen zu ermöglichen, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Blut zu gewährleisten. Spendenaktionen sind aber weiterhin durch den Verkauf der Produkte zu finanzieren, die aus unentgeltlich gespendetem Blut hergestellt werden. Die Ergänzung des Heilmittelgesetzes erfolgte schliesslich mit 181 zu 0 Stimmen.

Deutliche Mehrheit für eine starke Kreislaufwirtschaft (20.433)

Vor drei Jahren lancierte die FDP-Deputation der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) eine parlamentarische Initiative mit dem Ziel, die Schweizer Kreislaufwirtschaft zu stärken. Im Fokus standen der Abbau von administrativen Hürden für die in diesem Bereich tätigen Unternehmen sowie das Schliessen der Stoffkreisläufe, um den Rohstoffverbrauch zu reduzieren. Konkret brauchen private Firmen nach dem Willen der Grossen Kammer in Zukunft keine Konzession mehr für das Sammeln von Wertstoffen. Des Weiteren kann der Bundesrat inskünftig Anforderungen an die Lebensdauer und Reparaturfreundlichkeit von Produkten stellen. Bei der Verwendung von umweltfreundlichen Baustoffen soll der Bund eine Vorreiterrolle übernehmen.

Diese Anliegen waren weitgehend unbestritten. Allerdings sind nun noch viele Fragen offen. Auch wenn ich mich freue, dass wir hier als FDP in der ökologischen Thematik wieder mal gezeigt haben, dass wir eben Probleme lösen anstatt nur Effekthascherei zu betreiben, so gibt es doch noch Korrekturbedarf. Einige der Entscheide sind noch zu bürokratisch. Zu grösseren Diskussionen führte unter anderem ein Passus, der schweizweite Bussen von bis zu 300 Franken für das Liegenlassen und Wegwerfen von Abfällen verlangte. Auch diese Forderung kam durch.

Die Vorlage passierte schliesslich mit deutlichen 133 zu 42 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Nun ist der Ständerat am Zug.

Räumung des Munitionslagers Mitholz dauert 25 Jahre [\(22.074\)](#)

Die Räumung der etlichen hundert Tonnen Munition aus dem ehemaligen Lager Mitholz löst das Problem vor Ort endgültig – das ist allen und auch der Wohnbevölkerung vor Ort klar. Die anderen Varianten – Überdeckung oder Verkapselung – verschieben das Problem lediglich in die Zukunft. Die vom Nationalrat bevorzugte Räumung kostet allerdings viel Geld. Der Bundesrat beantragte dafür einen Kredit von 2,59 Milliarden Franken. Im Kredit enthalten sind nicht nur die Kosten für eine umfassende Sanierung, sondern auch für die Umsiedelung der Bewohner sowie ein Schutztunnel für die Autobahn und eine Galerie für die Eisenbahnlinie. Die Vorlage fand eine grosse Mehrheit von 180 Stimmen.

Schon Ende dieses Monats starten wir in die Sommersession, es geht also Schlag auf Schlag. Nun beginnt auch – nach der Nomination im März - im Hinblick auf die nationalen Wahlen eine reich befrachtete Zeit mit Presseterminen sowie öffentlichen Auftritten und Foren. Ich freue mich sehr, zusammen mit einer starken Liste 1 sowie unseren Ständeratskandidaten Sven Inäbnit auf den Wahlkampf und danke Ihnen schon heute für Ihre Unterstützung, egal welcher Art. Hier gelangen Sie direkt auf meine Homepage für Ihre Registrierung im Unterstützungskomitee: <https://www.danielaschneeberger.ch/mein-komitee>. Ihr Beitritt würde mich sehr freuen.

Ich hoffe, dieser Sessionsbericht macht Ihnen Freude beim Lesen, ich freue mich auch immer sehr über Reaktionen und Feedback.

In diesem Sinn, herzlichen Dank für Ihr Interesse und bis bald,

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch / www.parlament.ch

Bankverbindung:

Basellandschaftliche Kantonalbank

IBAN CH57 0076 9012 4067 4200 1

